



Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration  
Kaiser-Friedrich-Straße 62 | 55116 Mainz

Ausländerbehörden der Landkreise  
und kreisfreien Städte

Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion  
Referat 24

Kaiser-Friedrich-Straße 6a  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-2644  
Mail: [poststelle@mifki.rlp.de](mailto:poststelle@mifki.rlp.de)  
[www.mifki.rlp.de](http://www.mifki.rlp.de)

23. Dezember 2021

Mein Aktenzeichen Ihr Schreiben vom Ansprechpartner/-in / E-Mail  
3321- [REDACTED]  
0001#2021/0048-0701 [REDACTED]@mifki.rlp.de  
725.0004

Telefon / Fax  
06131/16- [REDACTED]  
06131/16- [REDACTED]

## Chancen-Aufenthaltsrecht im Koalitionsvertrag Bund 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP für die laufende Legislaturperiode im Bund wird ein „Paradigmenwechsel“ in der Migrationspolitik angestrebt. Dem entsprechend enthält der Koalitionsvertrag eine erhebliche Zahl Vorhaben, die auch Ihre Arbeit betreffen werden.

Besonders möchte ich auf die Ankündigung eines „Chancen-Aufenthaltsrechts“ auf S. 138 des Koalitionsvertrags hinweisen. Danach sollen „Menschen, die am 1. Januar 2022 seit fünf Jahren in Deutschland leben, nicht straffällig geworden sind und sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen, [...] eine einjährige Aufenthaltserlaubnis auf Probe erhalten können, um in dieser Zeit die übrigen Voraussetzungen für ein Bleiberecht zu erfüllen (insbesondere Lebensunterhaltssicherung und Identitätsnachweis gemäß §§ 25 a und b AufenthG)“.

Die Umsetzung dieses Vorhabens wird einer Änderung des Aufenthaltsgesetzes bedürfen, die jedoch bis zum 1. Januar 2022 nicht erfolgen wird. Deshalb wurde das Bundesministerium des Innern und für Heimat aus dem Kreis der Länder bereits auf die



zu erwartenden Anfragen bei den Ausländerbehörden und die daraus resultierende Dringlichkeit einer zügigen gesetzlichen Umsetzung hingewiesen.

In Hinblick darauf möchte ich Ihnen bereits jetzt mitteilen, dass keine fachaufsichtlichen Einwände geltend gemacht werden, wenn Ihre Behörden Aufenthaltsbeendigungen an absehbar unter die angekündigte Regelung fallenden Ausländerinnen und Ausländern zunächst zurückpriorisieren.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

████████████████████

Dieses Schreiben wurde elektronisch gezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.